



## Politik

URL: <http://www1.wdr.de/themen/politik/fluechtlinge-unterkuenfte-100.html>

### Notunterkünfte für Flüchtlinge

## Beschlagnahmt NRW weitere Gebäude?

Von Martin Teigeler

**Die Behörden sind überrascht vom Anstieg der Flüchtlingszahlen. Hunderte Menschen kommen täglich nach NRW - vor allem aus dem Kosovo. In Olpe sind Lokalpolitiker sauer, weil ein Ex-Familienhotel vom Land beschlagnahmt wurde. Doch die Maßnahme könnte kein Einzelfall bleiben.**

### Sendung zum Thema

**Aktuelle Stunde | Heute, 18.50 - 19.30 Uhr | WDR Fernsehen**



Beschlagnahmt: Familienferienstätte in Olpe

### Mehr zum Thema

Familienferienstätte in Olpe wird Notunterkunft: Die ersten Flüchtlinge kommen schon Samstag [NRW-Studios]

Link: <http://www1.wdr.de/studio/siegen/themadestages/fluechtlingsunterkunftolpe100.html>

Asylsuchende aus dem Kosovo : Deutlich mehr Flüchtlinge vom Balkan

Link: <http://www.wdr.de/themen/politik/fluechtlinge-dortmund-106.html>

Es war eine "faustdicke Überraschung", teilte die Stadt Olpe am Donnerstag (12.02.2015) auf ihrer Internetseite mit. Die Bezirksregierung Arnsberg habe "mit Ordnungsverfügung" eine leer stehende Familienferienstätte "zur Nutzung als Notunterkunft für Flüchtlinge bestimmt". Eigentlich wollte die Kommune in dem Anwesen ohnehin eine Zentrale Unterkunftseinrichtung für Asylsuchende schaffen. Aber nun musste offenbar alles ganz schnell gehen. Bürgermeister Horst Müller (CDU) sagte am Mittwoch (11.02.2015) bei einer Ratssitzung der Stadt, dass er nicht befugt sei, zum Inhalt der Ordnungsverfügung Auskunft zu geben. Fakt sei, dass bereits am Samstag (14.02.2015) die ersten Flüchtlinge in Olpe eintreffen werden.

**Bezirksregierung: "Riesige Zugangszahlen"**

Man sei zu dem Schritt in Olpe wegen der "riesigen Zugangszahlen" von Flüchtlingen gezwungen gewesen, sagte der Sprecher der Bezirksregierung Arnsberg, Christoph Söbbeler, am Donnerstag auf WDR-Anfrage. Die Behörde organisiert landesweit die Unterbringung von Asylbewerbern. Vor allem aus dem Kosovo sei ein "atypischer, für niemand absehbarer Anstieg" zu verzeichnen. Bis Freitag (13.02.2015) seien alle Kommunen "vehement aufgerufen" worden, geeignete Räumlichkeiten für Notunterkünfte vorzuschlagen. In Telefonaten mit den Landräten habe Regierungspräsident Gerd Bollermann (SPD) am Donnerstag auf die Dringlichkeit hingewiesen. Falls die Kommunen bis Freitag nicht genug Turnhallen und sonstige Bauten anbieten, sind laut Bezirksregierung weitere Beschlagnahmungen möglich.

## Brandbrief des Ministers



Minister Jäger sieht die Kosovo-Flüchtlinge als Opfer

Innenminister Ralf Jäger (SPD) hatte bereits am Mittwoch gefordert, Asylverfahren von Menschen aus dem Kosovo deutlich zu beschleunigen. Die Menschen, die derzeit "massenhaft" aus dem Kosovo nach Deutschland kämen, seien Opfer falscher Versprechen von kriminellen Schleuserbanden, erklärte der Minister in Düsseldorf. Doch habe der überwiegende Teil dieser Asylsuchenden keinen Anspruch auf Flüchtlingsschutz. Jäger war es auch, der in dieser Woche per Brandbrief an die Bezirksregierungen den Druck zur Schaffung

neuer Notunterkünfte erhöhte. Demnach geht NRW mittlerweile davon aus, dass über die sonstigen Flüchtlinge hinaus monatlich mehr als 6.000 Menschen vom Westbalkan zusätzlich einen Asylantrag stellen werden. Das geht aus dem Brief an die Regierungspräsidenten hervor. "Alle Anstrengungen sind vor diesem Hintergrund darauf zu richten, in den nächsten Tagen und Wochen weitere Notunterkünfte für mehrere tausend Flüchtlinge zu akquirieren", schrieb Jäger. Es bestehe hoher Zeitdruck, da landesweit letzte Woche noch rund 1.500 Plätze für Flüchtlinge frei waren. Diese Woche gebe es nur noch 200 freie Plätze in Unterkünften.

## Experte: Staat kann das so machen

Nach Meinung des Verwaltungswissenschaftlers Janbernd Oebbecke von der Universität Münster ist die Beschlagnahmung möglich - und auch kein Einzelfall. "Die Bezirksregierung Arnsberg kann einen solche Verfügung erlassen, wenn sie in dieser Notlage keine Alternative hat", sagte Oebbecke auf WDR-Anfrage. "Die Flüchtlinge kommen ja nun einmal in großer Zahl. Und der Staat muss sie irgendwie unterbringen. Deshalb sind solche Beschlagnahmungen nach meiner Einschätzung wahrscheinlich nicht rechtswidrig." Theoretisch könnten die Behörden auch Flüchtlinge in leer stehenden Privatwohnungen unterbringen. "Nach dem Krieg ist sowas ja auch oft geschehen. Heute sind wir davon aber weit entfernt", sagte der Jurist. "Da der Staat die Kapazitäten für Flüchtlingsunterkünfte in den letzten Jahrzehnten abgebaut hat, entsteht jetzt bei einem plötzlichen Anstieg der Zahlen ein solcher Notstand."

## Kritik von der CDU

Der CDU-Landtagsabgeordnete Theo Kruse aus Olpe kritisierte das Vorgehen des Landes: "Ich erlebe hier vor Ort eine große Bereitschaft der Bürgerinnen und Bürger, den Menschen, die bei uns Zuflucht suchen, in ihrer Not zu helfen." Das dürfe nicht durch schlechte Informationspolitik der Landesregierung aufs Spiel gesetzt werden. "Bei allem Verständnis für die große logistische Herausforderung, die mit der Unterbringung der Flüchtlinge verbunden ist: Ich empfinde es als Unding, wenn das Land die Stadt Olpe per Beschlagnahmeanordnung vor vollendete Tatsachen stellt." So ein Vorgehen der rot-grünen Landesregierung sei "kontraproduktiv und zeigt die große Hilflosigkeit von Herrn Jäger in seinem Amt".

Stand: 12.02.2015, 15.30 Uhr

## Mehr zum Thema

Schwerpunkt: Flüchtlinge in NRW

Link: <http://www.wdr.de/themen/politik/fluechtlinge374.html>

Familienferienstätte in Olpe wird Notunterkunft: Die ersten Flüchtlinge kommen schon Samstag (12.02.2015) [NRW-Studios]

Link: <http://www1.wdr.de/studio/siegen/themadestages/fluechtlingsunterkunf Stolpe100.html>

Asylsuchende aus dem Kosovo : Deutlich mehr Flüchtlinge vom Balkan (11.02.2015)

Link: <http://www.wdr.de/themen/politik/fluechtlinge-dortmund-106.html>

© WDR 2015